

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 386

30. Mai 2007

13. Jahrgang

In Guatemala kannst du Blut aus den Medien pressen

Wir veröffentlichen ein Interview mit der Journalistin Marielos Monzón, die Anfang Mai anlässlich der Delegiertenversammlung der lokalen Sektion von Amnesty International in der Schweiz weilte.

Frage: Am 3. Mai, zynischerweise genau am Internationalen Tag der Pressefreiheit, wurde ein Journalist ermordet, mit dem du befreundet warst. Eine Woche davor der Kameramann eines Lokalfernsehens aus dem Quiché. (siehe ¡Fijáte! 385, die Red.) Sind dies isolierte Ereignisse, das Abbild einer „brutalisierten“ Gesellschaft, in der menschliche Beziehungen von Gewalt dominiert sind, oder steckt dahinter eine Strategie, um die Unfähigkeit der Regierung in Sicherheitsfragen zu beweisen?

Marielos Monzón: Es ist eine Mischung. Die guatemaltekische Gesellschaft ist... – brutalisiert ist vielleicht das falsche Wort, aber sie ist eine zerbrochene Gesellschaft. Wir leben in einem Staat, dessen Institutionen gefangen sind von Kräften, die verhindern wollen, dass ein demokratischer Prozess in Gang kommt.

Eine der Wunden, die uns der Krieg hinterlassen hat ist, dass es Menschen gibt, die sich das Töten zum Job gemacht haben. Dazu kommt eine unkontrollierte und unkontrollierbare Gewaltspirale – in Guatemala werden täglich 14 Personen ermordet! Du wirst nicht umgebracht, weil du ein öffentliches Amt bekleidest oder weil du Journalistin bist, sondern um dir die Armbanduhr, den Geldbeutel oder das Mobiltelefon zu stehlen.

Man muss also von einer generalisierten Gewalt sprechen, von einer Gewaltspirale, die durchaus ein Spiegel unserer Gesellschaft ist und das Produkt des Krieges und des Terrors: Klandestine Strukturen, das organisierte Verbrechen, der Drogenhandel.

Frage: Die Ermordung deines Freundes oder auch die Drohungen, die du selber erhalten hast und erhältst, haben aber nichts mit dem Diebstahl einer Uhr oder eines Mobiltelefons zu tun, sondern mit eurem Beruf als kritische JournalistInnen.

M.M.: Deshalb sagte ich, dass alle genannten Elemente mitspielen. Die Behörden versuchen zwar, jedes Verbrechen der gewöhnlichen Kriminalität zuzuschreiben, was natürlich nicht stimmt. Aber es ist auch nicht so, dass in Guatemala täglich und systematisch JournalistInnen umgebracht würden, eine ausgeklügelte Strategie ist das sicher nicht. Doch es ist eine immer wieder angewendete Praxis, um gewissen Sektoren eine Lektion zu erteilen.

Im Falle dieses Freundes kann ich nur sagen, dass ich ihn sehr gut gekannt habe. Er hat jahrelang im Radiobereich

gearbeitet, wir haben zusammen ein Programm gemacht. Er war ein wunderbarer Mensch, sehr progressiv eingestellt. Er hat vor allem politische Sendungen gemacht. Über die Verstrickungen des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens mit den politischen Parteien, über Korruption, etc. Das könnte einer der Gründe sein, weshalb er umgebracht wurde. Was ich (noch) nicht weiss ist, ob er gerade an einer bestimmten Recherche arbeitete oder ob es im Zusammenhang mit einer älteren Geschichte stand.

Seine Ermordung hat mit Sicherheit politische Hintergründe, sie soll eine klare Botschaft an uns andere JournalistInnen sein, gewisse Dinge nicht zu recherchieren, z.B. über die anstehenden Wahlen. Nach aussen hin wird aber vermittelt, dass er eben in einer sehr gefährlichen Gegend gelebt hat, in der es immer viele Verbrechen gibt. Das heisst, es gibt zwei Interpretationsarten: 1. Er wurde umgebracht, weil er Journalist war und 2. Er wurde umgebracht, weil er in einer gefährlichen Gegend lebte, wo es viele Jugendbanden gibt, was per se gefährlich ist. Da können sich jetzt alle selber auswählen, welche der beiden Botschaften sie verstehen wollen.

Frage: Wie wurde dir gedroht?

M.M.: Ich habe alle möglichen Arten von Drohungen bekommen. Manchmal sage ich, dass ich ein Diplom im Erhalten von Drohungen bekommen müsste.

Aber ernsthaft: Ich habe einschüchternde Telefonanrufe bekommen, wo sie entweder Trauermärsche spielten, mich verbal bedrohten oder einfach wieder aufhängten, unzählige Male hintereinander, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Sie haben auch dreimal mein Haus überfallen, den Hund meiner Kinder entführt und mir die Botschaft hinterlassen „Diesmal nehmen wir nur den Hund mit, das nächste Mal eines deiner Kinder“. Zweimal war ich allein zuhause als sie kamen, schwer bewaffnete, vermummte Männer. Im März 2003 kamen sie, als meine Kinder zuhause waren und sogar eine internationale Begleitperson. Die Typen kamen rein, haben die Kinder bedroht, ihnen die Pistole an den Kopf gehalten, alles in allem: schrecklich.

Frage: Wusstest du, wer hinter diesen Drohungen stand?

M.M.: Nein. Ja. Es sind Gruppen, die schon während des Krieges aktiv waren, denn sie benutzen dieselben

Methoden wie damals. Diese Gruppen spalteten sich manchmal, oder bekämpften sich gegenseitig, um dann das nächste Mal wieder zusammen vorzugehen. Etwa so ist das auch heute noch. Es sind gut organisierte Gruppen, die manchmal im Alleingang und dann wieder koordiniert agieren. Oder es sind Untergruppen, die ohne Befehl ihrer „Vorgesetzten“ handeln. Manchmal bringen sie sich auch gegenseitig um, im Disput um interne Kontrolle und Macht.

In meinem Fall hatten die Drohungen sicher mit meinen Reportagen über die Verantwortlichen für die Massaker und Morde und für die Entführung und den Handel von Kindern während der Zeit des Krieges zu tun. Damit habe ich diese Strukturen angegriffen.

Frage: Es heisst, die Medien seien die vierte Macht in einem Staat. Kannst du etwas über die guatemaltekische Medienlandschaft erzählen? Wem gehören die Medien, welche Beziehungen haben sie zu den politischen Parteien und zur Regierung?

M.M.: Ich möchte vorausschicken, dass es in Guatemala einen relativen Fortschritt in Sachen Meinungsfreiheit gibt. Das heisst, im Vergleich zur Situation während des Krieges, als es keinerlei Freiraum für kritische Berichterstattung gab, ausser vielleicht für Presseagenturen wie CERIGUA, die aus dem Untergrund heraus operierten und ständig verfolgt wurden, ist die Situation heute sicher besser.

Trotzdem würde ich behaupten, dass es in Guatemala keine Meinungsfreiheit und kein Recht auf Information gibt, weil die Medien im Besitz von einigen wenigen sind und nur Zugang dazu hat, wer Geld hat, z.B. um eine Radiofrequenz zu kaufen. Und dieses Geld haben die bekannten, wirtschaftlich starken Kreise.

Die geschriebene Presse ist im Besitz einiger weniger Familien der konservativen Oligarchie, die auch das Banken- und das Zementmonopol besitzen, die den Krieg und die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen unterstützt haben.

Beim Fernsehen ist es noch viel schlimmer. Hier gehören sämtliche Kanäle einem einzigen Besitzer, dem ausserdem noch ca. 100 Radiostationen gehören. Es handelt sich um den Mexikaner Angel Remigio González, der übrigens auch der Besitzer des Radios ist, bei dem mein ermordeter Kollege arbeitete. Auch ich habe dort vier Jahre lang gearbeitet, bis sie mein Programm abgesetzt haben. Dieser González hat also die absolute Kontrolle darüber, was im Fern-

sehen gesagt oder gezeigt wird. Er ist mit sämtlichen wichtigen Politikern und mit allen Machtsektoren befreundet und stellt ihnen gratis Sendezeit zur Verfügung, selbst in den Nachrichten. Die einzige Diskussionssendung, wo wirklich eine Debatte geführt werden kann, ist zu bester Sendezeit das sonntägliche „Libre Encuentro“ von Dionisio Gutiérrez. Auch er einer der „Besitzer“ des Landes. Vom Fernsehen kannst du also wirklich nichts erwarten.

Die grossen Radioketten sind im Besitz von fünf reichen Familien. Diese Ketten haben jeweils eine zentrale Radiostation, wo die Programme produziert werden und im Rest des Landes sind es dann einfach Wiederholungen dieses hegemonialen Diskurses.

Bis 1997 wurden Radiofrequenzen verschenkt: Warst du mit dem Präsidenten befreundet, so bekamst du deine Radiofrequenz. So kam es, dass heute sehr viele Radios im Besitz von Militärs sind. *Emisoras Unidas* z.B. wo ich auch arbeitete und dann entlassen wurde, gehört der Familie eines Militärs, der seinerzeit Sprecher von Romeo Lucas García war.

Frage: Aber *Emisoras Unidas* hat den Ruf, ein kritisches, fortschrittliches Radio zu sein.

M.M.: Genauso wie die Tageszeitung „el Periódico“. Sie geben den Anschein einer gewissen Pluralität, aber wenn du auch nur ein bisschen an der Oberfläche kratzt, kommt etwas ganz anderes zum Vorschein. *Emisoras Unidas* hat ein paar sehr gute JournalistInnen, aber wehe, du überschreitest die Grenzen. Nehmen wir z.B. die Berichterstattung über eine Campesino-Demonstration. Im Vergleich zu anderen Medien berichtet *Emisoras Unidas* darüber, aber der Fokus der Berichterstattung liegt nicht auf den Forderungen der BäuerInnen, sondern auf der Mittelklassefrau, die mit dem Auto zum Supermarkt fährt und im Verkehrschaos stecken bleibt, wegen der Demo der stinkenden BäuerInnen. Von einem alternativen Diskurs kann da keine Rede sein!

Frage: Gab es auch Versuche, alternative Medien aufzubauen?

M.M.: Es gab z.B. die „Crónica“, eine ausgezeichnete Zeitschrift. Sie wurde jedoch zum Verstummen gebracht, quasi finanziell erstickt. Der damalige Präsident, Alvaro Arzú, rief seine Unternehmerfreunde an und verbot ihnen, in der „Crónica“ zu inserieren. Ausserdem bekam die Redaktion der Zeitschrift Drohungen.

Frage: Trotzdem haben kritische Leute wie du oder Magalí Rey Rosa ihre Plattform in der *Prensa Libre*, einer der grossen Tageszeitungen. Werdet ihr einfach missbraucht, um diesen Pluralismus zu rechtfertigen?

M.M.: *Prensa Libre* druckt meine Artikel genauso ab, wie ich sie ihnen schicke, die ändern mir kein Komma. Aber unsere Kolumnen sind Pinselstriche, um den Anschein dieser Pluralität zu erwecken. Alles was Information ist, hat eine klare, konservative Linie.

Und wenn du die Seite mit den Kolumnen anschaut, ist da meine und daneben sieben andere, die genau das Gegenteil behaupten. Unser Gewicht in diesen Medien ist minimal, aber trotzdem ist es wichtig, dort unsere Stimmen zu erheben. Ich werde meine Kolumne in *Prensa Libre* nicht freiwillig aufgeben.

Frage: Aber damit spielst du ihr Spiel mit...

M.M.: Nein. Solange ich diesen Spielraum nutzen kann in einem Medium, dass 110'000 LeserInnen erreicht, und solange ich sagen kann, was ich will, ohne dass ich unter Druck gesetzt werde, mache ich das. Wenn sie mir vorzuschreiben beginnen, was ich schreiben darf und was nicht, gehe ich.

Es geht nicht darum, *Prensa Libre* oder *Emisoras Unidas* per se zu bekämpfen. Sondern es geht darum, eine Medienvielfalt anzustreben. Wir fordern z.B. von der Regierung, die verbleibenden öffentlichen Frequenzen freien JournalistInnen zur Verfügung zu stellen.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-tätiglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Frage: Ein Projekt war, den Fernsehkanal des Militärs an die Indigenen Organisationen abzugeben. Wurde das umgesetzt?

M.M.: Dieser Kanal wurde der *Akademie der Mayasprachen* übergeben. Aber das Problem ist, dass sie nicht mit den nötigen Finanzen bestückt wurden, um auf Sendung zu gehen. Einen Fernsehsender zu betreiben ist extrem teuer!

Schon einen eigenen Radiosender aufzubauen ist teuer. Wir haben das in *Radio Universidad* gemacht, und das Gesetz hat uns da einen bösen Streich gespielt. Es verbot uns nämlich, als öffentliches Radio Werbung auszustrahlen, um so das Überleben des Radios zu sichern.

Und trotzdem ist etwas Unglaubliches geschehen: Unser Ziel war, ein aufklärendes Radioprogramm zu bieten, zu Themen wie Menschenrechte, Frauen, Indígenas, internationale Nachrichten mit der Idee, dass aufgeklärte Menschen auch handelnde Menschen sind. Und innerhalb von 6 Monaten hatten wir – nach *Emisoras Unidas* – die zweithöchste Einschaltquote. Es lief alles über Mund-zu-Mund-Propaganda und wir haben bewiesen, dass diese Art von Informationen ein Bedürfnis der Leute befriedigte. Wir waren dermassen erfolgreich, dass die neue Direktion der Universität unser Programm absetzte, weil es zu kritisch war – heute spielt der Sender nur noch klassische und Marimbamusik.

Frage: Welche Rolle spielen in diesem Panorama die Lokalradios und die Radios der Diözesen?

M.M.: Die Kommunalradios, und dazu zähle ich auch die Radios der katholischen Kirche – einige davon – sind sehr wichtig. Ich glaube, der lokale Charakter dieser Radios – und Fernsehkanäle – ist wichtig, die Leute identifizieren sich damit. Das Problem ist, dass diese Projekte dem massenmedialen Bombardement nicht standhalten können und nicht gegen deren Meinungs(ver)bildung ankommen.

Frage: Lass uns ein wenig über die Qualität der Medienberichterstattung sprechen, die Art und Weise wie z.B. das Thema Gewalt behandelt wird. Welche aufklärende oder erzieherische Rolle übernehmen hier die Medien?

M.M.: Das ist das endlose Thema des „Infospektakels“: Das Blut, die Gewalt, die vergewaltigte Frau, das ermordete Kind. In Guatemala kannst du wirklich Blut aus den Medien pressen. Und

das Argument ist immer, dass die Leute genau dies wollen. Das bestverkaufte Blatt ist dasjenige mit den meisten Bluttories.

Und hier kommt das ebenfalls endlose Thema der sozialen Verantwortung der JournalistInnen. Bei uns werden über die Medien Stereotype vermittelt: Die Frau, die ins Haus gehört, die Frau, die sich um die Kinder kümmern muss, der Mann, der fremdgeht, weil sich seine Frau für ihn nicht mehr zurechtmacht, der Macho-Mann, der alle Entscheidungen trifft, die zurückgebliebenen Indígenas – das sind die Botschaften, die unsere Medien vermitteln.

Das andere fundamentale Thema ist die Ethik. Unsere Medien sind sich nicht bewusst, welche Verantwortung sie haben. Wenn mir eine Sendung abgesetzt wird, ist das nicht, weil sie qualitativ oder inhaltlich schlecht ist, sondern weil man nicht hören will, was ich sage. Zensur also.

Schauen wir uns die Rolle der Medien in der sozialen Akzeptanz der Frauenmorde an: Es geht nicht nur um Fotos von blutüberströmten Frauen. Sondern es geht gleichzeitig darum zu vermitteln, dass die Frau selber schuld war. Die Titel heissen dann: Weibliches Bandenmitglied gestorben. Prostituierte gestorben. Was soll das? Und WENN sie Bandenmitglied war, oder WENN sie Prostituierte war? Ja und? Guatemala hat die Todesstrafe in der Verfassung festgeschrieben. Die Todesstrafe wird normalerweise nach einem langen juristischen Prozess verhängt. Aber hier wird das Bild vermittelt, dass eine Frau den Tod verdient hat, WEIL sie Frau, Bandenmitglied, Prostituierte war. Und deshalb hat sie es verdient, so wie der Kindsmörder die Todesstrafe verdient hat.

Solche Dinge zu thematisieren ist extrem schwierig, du stösst da auf konservative Strukturen innerhalb der Medien. Eine solche Berichterstattung ist völlig im Interesse der Medien. Weshalb sollen sie das ändern wollen, wenn ihnen dieses System nützlich ist?

Dies ist mein Thema und dafür kämpfe ich: Das Recht der Bevölkerung auf Information. Es ist gelogen, zu sagen, in Guatemala existiere dieses Recht, denn es gibt Gruppen, die unsichtbar gemacht werden in den Medien. Über die nie berichtet wird, als ob es sie gar nicht gäbe; die nur erwähnt werden, wenn es dem herrschenden Diskurs dient.

Frage: Im Hinblick auf die Wahlen, welches ist die Rolle der Medien oder was sollte die Rolle der Medien sein?

M.M.: Sie sollten über die politi-

schen Inhalte der Regierungsprogramme berichten. Im Moment berichten sie einzig darüber, welcher KandidatIn gerade in welcher Ortschaft auf Kampagnen-Tournee ist.

Die KandidatInnen müssen auf Inhalte festgenagelt werden: Was machen sie zur Landfrage, wenn sie PräsidentIn sind? Wie begegnen sie dem Sicherheitsproblem? Aber diese Fragen stellt unsere Presse nicht. Auf der anderen Seite müssten die Medien den sozialen Organisationen die Plattform bieten, damit diese ihre Vorschläge zu diesen Themen präsentieren können.

Sie müssten den Kontext analysieren, nicht danach fragen, wie viele Tote es gegeben hat, sondern was die Ursache der Gewalt ist. Ein anderes Thema ist das Sichtbarmachen der Frauen als politische Akteurinnen. Die Medien befragen ausschliesslich Männer, den Präsidentschaftskandidaten, den Abgeordneten, aber niemand fragt die indigene Frau, die für ein politisches Amt kandidiert, über ihre Visionen und Vorschläge.

Frage: Was ist dein nächstes Projekt?

M.M.: Wir (eine Gruppe von fünf JournalistInnen) sind daran, ein Online-Radio aufzubauen, mit dem wir unabhängige Berichterstattung machen können. Dazu wollen wir eine Webseite eröffnen, von der sich alle Kommunalradios, die Zugang zum Internet haben, sich ihre Programme runterladen können. Diejenigen die keinen Zugang zum Internet haben, können die Programme auf CD beziehen.

Wir wollen verschiedene Zielgruppen ansprechen: lokale und fortschrittliche kirchliche Kommunalradios, MigrantInnen, denn mit einem Online-Radio erreichen wir eine Million GuatemalteKInnen, die im Ausland leben, und die sozialen, politischen MeinungsmacherInnen, die Internetzugang haben.

Wir haben bereits das Studio, wo wir unsere Sendungen produzieren können, jetzt müssen wir einfach noch schauen, woher wir das Geld nehmen, um Infrastrukturkosten wie Licht, Miete etc. zu bezahlen. Das Ziel ist, im Jahr 2008 richtig auf Sendung zu gehen.

Im Hinblick auf die Wahlen planen wir für dieses Jahr einen Probebetrieb von Juni bis Dezember. Wenn die Sache dann mal steht, kann man uns auf www.akatin.com hören. Akatin heisst: Unsere Stimme, unser Wort.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Vor den Wahlen dürfen die Ex-PAC nicht fehlen

Guatemala, 23. Mai. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensverträge sind schon wieder 184 Personen auf der Flucht vor den Einschüchterungen und Morddrohungen von Seiten noch aktiver Ziviler Selbstverteidigungspatrouillen (Ex-PAC). Zwischen dem 7. und 10. Mai sah sich die Gruppe von Männern, Frauen und Kindern gezwungen, ihr Dorf, Los Cimintos, San Bartolomé Jocotenango im Departement Quiché, zu verlassen und sind zum Teil in die umgebenden Wälder und Berge, zum Teil in die Hauptstadt geflüchtet, wo sie unter unmenschlichen Bedingungen ausharren.

Seit Jahren übt eine Gruppe von 17 ehemaligen Ex-PAC, darunter Militärkommissionäre und PAC-Anführer, die Kontrolle in Los Cimintos aus und verfügt immer noch über ihre „Dienstwaffen“ unterschiedlichen Kalibers, die sie nicht, wie weiland landesweit üblich, abgegeben hat. Die Männer und über 14-Jährigen des Dorfes werden von den Ex-PAC gezwungen, sich ihnen anzuschließen und Kontrollrunden zu absolvieren. Bei Ausfall müssen 50 Quetzales Strafe gezahlt werden und werden diese nicht entrichtet, wird den „Missetätern“ eine dreitägige Zwangsarbeit auf den Feldern der paramilitärischen Anführer sowie eine Zahlung in Naturalien aufoktroiert. Geld und Nahrungsmittel werden dann unter den Ex-PAC aufgeteilt.

Längst liegen dem *Menschenrechtsprokurat* (PDH) Anzeigen wegen Morddrohungen durch die Ex-PAC gegen die Bevölkerung vor, die aus Angst vor weiteren Repressalien bislang davon abgesehen hat, die ihnen bekannten und von ihnen gefürchteten Täter zahlreicher Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen des Dorfes und einiger Morde zu denunzieren.

Doch jetzt haben sie endlich den Mut und die Unterstützung von Víctor Manuel Sales Ortiz gefunden, der Abgeordneter der linken Allianz URNG-MAIZ und Präsident der *Friedenskommission des Kongresses* ist und jetzt versucht dafür zu sorgen, dass die zuständigen Staatsautoritäten sich des Falles annehmen. Die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) in Begleitung von Militärs und Angestellten der Staatsanwaltschaft sind am 10. Mai jedoch schon bei ihrem Versuch gescheitert, die von der Bevölkerung beantragten richterlichen Hausdurchsuchungsbefehle in Los Cimintos auszuführen, sind sie doch von den Ex-PAC just mit deren sicherzustellenden Waffen angegriffen worden.

Bereits seit einigen Monaten üben Organisationen ehemaliger Zivilpatrouil-

len ohnehin erneut Druck auf die Regierung aus und fordern die Auszahlung der von der vorherigen Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) unter Alfonso Portillo versprochenen und in drei Raten aufgeteilte finanzielle Entschädigung für ihre so genannten Dienste am Vaterland. Im vergangenen Jahr hat sich ein Grossteil der Ex-PAC auf den Deal eingelassen, keine direkte „PAC-Entschädigung“ zu bekommen, sondern an einer aus PAC-Entschädigungsgeldern finanzierten Beschäftigungsmassnahme zur Wiederaufforstung teilzunehmen und dafür monetär belohnt zu werden (¡Fijáte! 356). Doch mittlerweile zeitigt auch dieses Vorhaben seine Mängel: Zum einen waren von vornherein 5% der bis dahin registrierten Ex-PAC von diesem wohl tönenden Programm *Wälder und Wasser für die Eintracht* ausgeschlossen, die Teilnehmenden warten seit November auf ihren Lohn und anstelle der 39 Mio. Bäume wurden gerade einmal 17 Mio. gepflanzt aus dem einfachen Grund, dass es nicht genügend staatliches Land gibt. Klar sind bislang vor allem die schon getätigten Ausgaben: Allein für dieses Programm belaufen sie sich auf 900 Mio. Quetzales und stammen aus der Staatskasse.

Nicht wirklich überraschen die derzeitigen Klagen und Drohungen der Ex-PAC: In den Departements Petén und Sololá soll die Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) die Auszahlungen an die Mitgliedschaft in der Partei gebunden haben. Zumindest in Mazatenango, Suchitépéquez, haben die erbosten Ex-PAC ihre Warnungen bereits erfüllt und das Gebäude der örtlichen Vertretung des Landwirtschaftsministeriums besetzt und fordern die ihnen versprochenen Gelder. In Jalapa fand bereits eine entsprechende Demonstration statt und generell wurden landesweit Aktionen angekündigt, die Wahlen im September zu boykottieren, sollte die Regierung den Auszahlungen nicht nachkommen.

Während Präsident Berger verspricht, bis zum Ende seiner Amtszeit diese bis auf den letzten Heller und Centavo zu verteilen, kritisierte die Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) Stimmen aus der Exekutive, die Zahlungen bis in die nächste Regierungsperiode hinauszuzögern als unlauteren Wahlstimmenfang. Stutzen lässt die Ankündigung in der Regierungsgazette von Mitte April, dass mit dem Regierungsabkommen 111-2007 nun eine *Temporäre Hochkommission* geschaffen werden soll, die, abhängig

vom Regierungspräsidium, notwendige Aktionen koordinieren soll, um festzustellen, wer überhaupt Mitglied der Ex-PAC gewesen sei. Neben VertreterInnen verschiedener Ministerien und Staatsstellen soll auch ein Ex-PAC-Repräsentant engagiert werden.

Hinsichtlich des *Nationalen Entschädigungsprogramms* (PNR), mittels dem die Opfer des internen bewaffneten Konflikts bedacht werden sollen und in diesem Zusammenhang ökonomische, psycho-soziale sowie produktive Unterstützung erhalten sollen, gibt es demgegenüber wenig zu berichten. Bereits 2003 gegründet, im November 2005 von der Regierung interveniert, kann bis heute nicht von einem reibungslosen Funktionieren die Rede sein. Auch wenn in der Presse stets servil von jeder einzelnen der sporadischen Veranstaltungen berichtet wird, bei denen den registrierten Opfern bzw. Familienangehörigen von Opfern ein Scheck überreicht und mancherorts selbst Berger persönlich auftritt, beklagen die Organisationen der Opfer die offenbare Unfähigkeit und den fehlenden Willen von Seiten der staatlichen Autoritäten. Im letzten Jahr gab es drei Treffen mit dem Vizepräsidenten Eduardo Stein und jedes Mal wurden von diesem zahlreiche Vereinbarungen unterzeichnet, die bis heute nicht erfüllt wurden: Weder zeugt das Programm mittlerweile von Transparenz noch werden die Opferverbände konsultiert, es gibt keine der geforderten Veränderungen des Umgangs mit den Opfern von Seiten des PNR-Personals, auf die Präsentation einer gesamtheitlichen PNR-Politik, in der die Zwangsvertreibungen priorisiert werden, wird genauso gewartet, wie auf die Annahme von 20'000 ZeugInnenaussagen im Quartal. Und noch nicht einmal wurde die Monitoring- und Begleitungsinstanz gegründet, die sich darum kümmern könnte, dass zumindest die mehr als 8'000 bereits vor einem Jahr registrierten Fälle bearbeitet und den Themen der verschwundenen Kinder sowie dem erzwungenen Verschwinden Aufmerksamkeit und Behandlung geschenkt werden.

Im letzten August wurde auf die Forderung, auch die intern Vertriebenen im PNR in Betracht zu ziehen, noch geantwortet, sie sollten doch Geduld haben, denn alle würde schliesslich darauf warten, an die Reihe zu kommen. Im Februar ist endlich ein entsprechender Mechanismus eingeführt worden und es ist geplant, den intern Vertriebenen mit produktiven und Wohnbauprojekten unter die Arme zu greifen. Allein im lau-

Fortsetzung von Seite 5

fenden Jahr gingen bereits 30'000 Zahlungsanträge von Opfern beim PNR ein, 60% davon stammen von Opfern der internen Vertreibung.

Ganz unterschiedlich gehen die Opfer und Familienangehörigen von Opfern mit ihrer Situation um: Im Departement Izabal fürchten sich viele vor Repressalien, wenn sie sich im PNR re-

gistrieren lassen (würden), in den Munizipien Aguacatán und Ixtahuacán, Huehuetenango werden die PNR-Angebotenen öffentlich als überhebliche und diskriminierende Ex-PAC denunziert und ihre Entlassung gefordert. Und in Chimaltenango haben im Februar rund 2'000 Familienangehörige von Opfern den departementalen PNR-Sitz besetzt, um Druck auf die Regierung auszuüben, die Offerten auch zu erfüllen.

Gleichzeitig wird klar, dass auch die Registrierung der Opfer mehr als mangelhaft ist. Das Hauptproblem liegt in der fehlenden BürgerInnenregistratur, die wiederum oft bedingt ist durch die fehlende oder falsche Information der Bevölkerung hinsichtlich der Bedeutung, sich im Melderegister einzuschreiben, sowie durch die bürokratischen und infrastrukturellen Hindernisse, die die Einschreibung für viele erschweren.

Neues Gesetz = weniger Frauenmorde?

Guatemala, 22. Mai. In der Abteilung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), die für die Morde an Frauen zuständig ist, gibt es zwei Schreibtische und zwei Computer. Eine Telefonleitung, Fahrzeuge oder Fotokameras sucht man vergebens. Und dabei sind allein zwischen dem 1. Januar und 11. Mai dieses Jahres mindestens 195 Frauen gewaltsam umgebracht worden, 105 in der Hauptstadt, 90 in den Provinzen. Und diese Verbrechen sind stets von besonderer Gewaltanwendung gekennzeichnet, vom offensichtlichen Hass gegen das weibliche Geschlecht ganz zu schweigen: Just am 10. Mai, dem so genannten Muttertag wurde eine im 8. Monat Schwangere ermordet.

Nun hat die Menschenrechtskommission des Kongresses seine Befürwortung für das Gesetz gegen Feminizid – dem geduldeten Mord an einer Frau, weil sie eine Frau ist – ausgesprochen, mit dem in erster Linie drastischere Strafen für die Täter eingeführt werden. Ausserdem beinhaltet der Rechtsvorschlag die Förderung von Plänen zur Beseitigung von körperlicher, psychologischer, sexueller und moralischer Gewalt gegen Frauen.

Eingereicht worden war die Initiati-

ve Mitte letzten Jahres von der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) (siehe ¡Fijáte! 363) und wurde seitdem in 90% ihres Inhaltes verändert, da – man lese und staune – wohl die Anmerkungen von Menschen- und Frauenrechtsorganisationen mit eingearbeitet wurden.

Auf diese ist sicherlich der Abschnitt des Dokuments zurückzuführen, in dem die Machtbeziehungen, die Beziehungen der Frauen in der Gesellschaft und des Zusammenlebens beschrieben werden und die Funktionen festgelegt werden, die jede einzelne der Staatsinstitutionen zu Gunsten der Sicherheit von Mädchen und Frauen auszuführen hat. Diese und darunter auch die Staatsanwaltschaft der Frau sollen entsprechend gestärkt werden.

Besonderes Gewicht wird in dem Gesetzesvorschlag auf die Prävention der Verbrechen gelegt und auf den Schutz der Frauen, deren Rechte in irgendeiner Form verletzt werden.

Edgar Rodríguez, Präsident der Menschenrechtskommission kündigte an, dass trotz deren Votum der Kongress erst im August über den Vorschlag endgültig entscheiden wird.

Ungeachtet des Fortschritts, dass

das Phänomen des Feminizids auf politischer Ebene thematisiert wird, ist kaum zu erwarten, dass sich an der Tatsache der Morde an Frauen deswegen etwas ändern wird. Vielmehr, da ist Carlos Ajanel in seinem Kommentar in der Tageszeitung *Siglo XXI* beizupflichten, tönt das Vorhaben demagogisch und illustriert vielmehr die fehlende Klarheit der Abgeordneten. Wenn sie tatsächlich dieses Projekt unterstützen und die herrschende Kriminalität bekämpfen wollen, fragt sich, warum sie seit mittlerweile Jahren das Waffen- und Munitionsgesetz hinauszögern, was es ermöglicht, derzeit leichter und billiger an eine Waffe denn an einen Autoführerschein zu kommen. Auch helfen jegliche Typifizierung und die Festlegung zu 100jährigen Haftstrafen nichts, wenn der Staat noch nicht einmal bei der gültigen Rechtslage in der Lage ist, die Verbrecher zu stellen und ins Gefängnis zu bringen.

Dafür braucht es nun wirklich mehr als zwei Schreibtische und zwei Computer und das muss kein Gesetz feststellen.

So erschienen in der Presse auch keine Kommentare von Seiten der sonst durchaus reale Fortschritte würdigenden FrauenrechtsaktivistInnen.

Frauen in den Kongress!

Guatemala, 23. Mai. Mindestens 100 Frauen stellen sich im September zur Wahl als Abgeordnete im Kongress. Zur Verfügung stehen trotz wiederholter Versuche, das Parlament zu verkleinern, 158 Sitze, von denen aktuell 14 (8,8%) von Frauen besetzt werden.

Die politische Beteiligung der weiblichen Bevölkerung wird eigentlich beständig, in den letzten Monaten aber noch einmal verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiert und gefordert. Sei es bei entsprechenden Veranstaltungen für die Allgemeinheit, bei der An- und Abkündigung von politischen Seminaren für Frauen oder der Präsentation von Studien und Untersuchungen zum Themenkomplex Frauen und Staat im weitesten Sinne. So stellte die *Defensoría de la Mujer Indígena* (DEMI) kürzlich ihre

Analyse vor, in der sie die Hauptprobleme aufdeckt, mit denen sich die indigene Frau in Bezug auf ihren Zugang zur offiziellen Justiz konfrontiert sieht: Häusliche Gewalt, ausbleibende Unterhaltskosten und diverse Arbeiterschwiernisse summieren sich dabei zur allgemein herrschenden rassistischen Diskriminierung in der Gesellschaft und von Seiten der Institutionen.

Zudem wird von interessierten Frauen kritisiert, dass ihnen die politischen Parteien gar keinen Raum der Teilnahme zur Verfügung stellen und die, die sich bereits auf einem öffentlichen Posten profilieren, sehen sich Hindernissen ausgesetzt, die ihnen als Frauen subtil aber explizit in den Weg gesetzt werden.

Und oft sind es so „Kleinigkeiten“

wie das fehlende Geld für den Bus, die es vor allem Frauen in entlegenen Regionen unmöglich machen, die Angebote von Nicht-Regierungsorganisationen und auch internationalen Institutionen zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich der Wahlbeteiligung anzunehmen, so kürzlich beobachtet in Izabal.

Die aktuelle Situation der Frauen wird im August in Quito, Ecuador, auf der *X Regionalen Frauen-Konferenz in Lateinamerika und der Karibik* analysiert werden, für die gerade das subregionale Vorbereitungstreffen für Mexiko und Zentralamerika in Guatemala beendet wurde. An der Diskussion nahmen vornehmlich Frauen in öffentlichen Positionen teil, bei der Abschlussveranstaltung waren zudem Organisationen der Zivilgesellschaft zugegen.

AktivistInnen bedroht

Guatemala, 23. Mai. *Amnesty International* resümierte jetzt das vergangene Jahr in Sachen Menschenrechte – und Guatemala ist demgemäss eins der zentralamerikanischen Länder, in denen die Zahl der Morddrohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen, Frauen und Kinder angestiegen ist. Ausserdem sticht das Land hervor in Bezug auf die fehlenden Fortschritte im Kampf gegen die Straflosigkeit. Die guatemalteckische Einheit zum Schutz von MenschenrechtsaktivistInnen veröffentlicht die Daten dazu: In 2006 wurden 278 Attaken registriert, 19,4% mehr als im Jahr zuvor mit 224 Übergriffen.

Auch das laufende Jahr zeigt diesbezüglich keine Neuerungen. Im Gegenteil: Der *Nationalen Menschenrechtsbewegung* (MNDDHH) wurden zwischen Januar und April gar 100 Fälle gemeldet, 9 davon wurden bereits widerlegt, zwei werden derzeit noch untersucht.

Waren in den ersten Monaten des Jahres vor allem nationale Organisationen, die zu den Themen Umwelt oder Menschenrechte arbeiten, Opfer von Einschüchterungsaktionen, Morddrohungen und Ermordungen, melden seit Ostern auch vermehrt internationale Nichtregierungsorganisationen Überfälle und Diebstähle gegen ihre Mitarbeitenden und Büros. So denunzierten die irische TROCAIRE und die spanische ACSUR, die mit dem guatemalteckischen Entwicklungskollektiv CPDL ein Bürogebäude teilen, einen Einbruch und Raub von Gegenständen, die Informationen über ihre Arbeit enthielten, während andere Wertgegenstände nicht entwendet wurden. Die britische NRO ActionAid erlebte ähnlichen Vorfall.

Eindeutig auf seine Arbeit bezogen waren die zwei innerhalb von zehn Tagen verübten Übergriffe auf das europäisch-kanadische Konsortium *Consejería en Proyectos* (PCS für seine englischen Initialen). Im Rahmen des von PCS initiierten Internationalen Treffens „Die kollektive Erinnerung miteinander teilen: Psycho-soziale Begleitung und gesamtgesellschaftliche Justiz für Frauen, die Opfer sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten wurden“, wurde ein PCS-Mitarbeiter im Wagen der Institution von zwei Bewaffneten überfallen und sexuell bedroht, ihm wurde sein Bargeld und schliesslich das Auto geklaut, das ein Kennzeichen der internationalen Mission trägt. Zehn Tage später erhielt derselbe Mitarbeiter auf seinem privaten Mobiltelefon einen anonymen Anruf, in dem er wüst beschimpft und er und das gesamte PCS-Team bedroht wurden.

Aus für das Adoptions-Combo-Paket

Guatemala, 24. Mai. „In 5-Sterne-Hotels redet man offen über das Geschäft mit den „Combos“: Reisekosten, Unterkunft, ein Ausflug in die Stadt Antigua und ein Baby zuzüglich des Rechtes, dessen Geschlecht auszusuchen – macht zusammen gerade einmal zwischen US-\$ 20'000 und 35'000. Angeboten werden diese Pakete im Internet.“ So berichtet Carolina Vásquez Araya in ihrer Kolumne in der Tageszeitung *Prensa Libre* über das einträgliche Geschäft mit den Adoptionen von guatemalteckischen Kindern ins Ausland. Diesem entspringt jährlich ein Gewinn von ca. US-\$ 180 Mio. Laut offiziellen Angaben wurden zwischen Januar 2006 und Januar 2007 5'024 Adoptionen in Guatemala bewilligt, 81 Kinder fanden im Land neue Eltern, 4'757 in den USA und die übrigen 181 in anderen Ländern. An diesem Geschäft wird sich nun einiges ändern.

Nach langem Zögern und Zerren um die Ratifizierung der *Konvention von Den Haag*, die spezielle Adoptionskriterien auflistet, und der Notwendigkeit, in diesem Zusammenhang ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, ist Bewegung in die Sache gekommen. (siehe ¡Fijáte! 375) Seit mehr als zwei Jahren läuft die Diskussion, die seit Mitte 2006 auf Druck der USA jetzt endlich einen Schritt weiter gekommen ist: Entgegen eines vorherigen Entscheids verkündete kürzlich das dazu konsultierte Verfassungsgericht, dass keine der gemutmassten Verfassungswidrigkeiten vorlägen und die Exekutive nun lediglich alle Vorbehalte aufheben müsse, damit der Kongress die Konvention ratifizieren könne. Gesagt, getan. Die Konvention ist gebilligt und tritt ab dem 31. Dezember 2007 in Kraft. Bis dahin muss auch das Gesetz stehen. Und zufällig ab dann gilt die Konvention wohl auch in den USA. Insgesamt haben 72 Länder die Den Haager-Konvention unterzeichnet und dürfen nur noch an Adoptionsprozessen mit anderen Mitgliedsländern teilnehmen.

Seit dem 2. Mai ist in Guatemala bereits ein Manual der „Guten Praktiken“ gültig. Damit werden die mit Adoptionen befassten NotarInnen und AnwältInnen angehalten, innerhalb von 10 Tagen nach Aufnahme eines neuen Verfahrens, das Generalprokurat (PGN) darüber zu informieren. Zu den insgesamt 42 Unterpunkten des der PGN einzureichenden notariellen Informationsblattes gehören die Angabe der Namen der biologischen Eltern, der Pflegefamilie und dem Aufenthaltsort des Kindes zwi-

schon Geburt und Übergabe, drei Fotografien, Hand- und Fussabdrücke des Kindes sowie die munizipale Anmeldung.

Die Zuständige der Abteilung im PGN, Josefina Arellano, weist darauf hin, dass das Manual die wesentlichen Kriterien der Konvention aufführt und bloss Anordnungen beinhaltet, die ohnehin der gültigen Rechtslage entsprechen, so dass das als dem Gesetz vorläufige Norm zu verstehen ist. Doch beschwerten sich die in der *Vereinigung der VerteidigerInnen der Adoption* organisierten AnwältInnen und NotarInnen über angebliche Verfassungswidrigkeiten bzw. würde das Manual die gesetzlichen Grundlagen noch einmal deutlich einschränken. Klar ist derweil vor allem der explizite Zweck der Neuregelungen und somit verständlich der Unmut der KritikerInnen: Das Wohl des Kindes soll bei der Frage um Adoption in den Vordergrund gerückt und dem bislang für viele Involvierte lukrativen Geschäft ein Riegel vorgeschoben werden.

Für die Verabschiedung des Gesetzes müssen dennoch fundamentale Aspekte geklärt werden: Welche Institution soll die von der Konvention vorgeschriebene alleinige Zuständige sein? Wie wird diese finanziert werden? Und wie soll die Übergangsregulierung formuliert werden? Angedacht ist, einen Nationalen Adoptionsrat eben als verantwortliche Einrichtung zu schaffen, bestehend aus VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats, des Generalprokurats und des Präsidialen Wohlfahrtssekretariats. Über das Aussenministerium und die jeweiligen Konsulate soll der Usus eingeführt werden, die guatemalteckischen Kinder auch in ihren neuen Familien weiter zu begleiten und eine Kontrollfunktion auszuüben.

Allein in den letzten sechs Monaten hat die US-amerikanische Botschaft in Guatemala bereits mehr als 2'000 Visa für aus Guatemala in die USA adoptierte Kinder ausgestellt. Zugleich warnt das US-State Departement auf seiner Internetseite nun plötzlich vor Adoptionen aus Guatemala, dem zweiten „Adoptionskinderzulieferungsland“ für die USA. Auf einmal wird die jahrelang hingenommene Praxis verdammt, dass es Fälle gebe, in denen die zur Adoption angebotenen Mädchen und Jungen illegal beschafft würden und von „skrupellosen HändlerInnen“ Dokumente gefälscht würden, um die Kindsübergabe vermeintlich rechtmässig über die Bühne zu bringen. Ergo seien Adoptionen aus Guatemala nicht zu empfehlen.